

WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Wieder ist eine Woche ins Land gegangen, die ein für uns alle äußerst bedrückendes und trauriges Ereignis mit sich brachte: Die Nachricht von der schweren Erkrankung meines Genossen Erwin SELLERING hat mich persönlich, wie die gesamte Partei, schwer erschüttert. Krebs. Eine Diagnose, die leider noch immer viel zu viele Menschen ganz plötzlich trifft. Die einem den Boden unter den Füßen wegzieht. Die Zeit



still stehen lässt. Die sich wie ein Schlag in die Magengrube anfühlt und meist der Anfang eines schweren, harten Kampfes ist, den die gesamte Familie mitkämpft. Viele von euch werden – leider – wohl schon einmal mittelbar oder unmittelbar eine solche schlimme Erfahrung in eurem Umfeld, vielleicht sogar selbst, gemacht haben.

Eine solche Diagnose bringt uns alle zum Innehalten. Zurecht stand am vergangenen Dienstag auch im harten Geschäft der Politik der Mensch Erwin SELLERING im Vordergrund. Und eigentlich ist mir überhaupt nicht zumute, jetzt auch noch Stellung zu den aus seinem Rücktritt erforderlichen Personalveränderungen bei der SPD im Bund und in Mecklenburg-Vorpommern zu nehmen. Vielleicht sei so viel gesagt: Die SPD und Erwin SELLERING selbst haben seinen Rücktritt und alle sich daraus ergebenden Folgen für Mecklenburg-Vorpommern, für die Bundesregierung und die Bundespartei angemessen und sehr professionell geregelt. Anders, als die CDU-Landesvorsitzende Julia Klöckner suggeriert, war der Anlass dazu kein politisches Ränkespiel – sondern ein sehr trauriger, von dem wir uns alle wünschen, er wäre nicht nötig gewesen. Und ich denke, das weiß sie eigentlich auch.

Zum Abschluss möchte ich in dieser Woche Erwin SELLERING ganz viel Kraft für die schwere Zeit wünschen. Und euch: vor allem Gesundheit!

Eure Sabine



SELLERING-RÜCKTRITT SORGT FÜR BESTÜRZUNG

Rheinland-Pfalz nun mit zwei Frauen im Bundeskabinett vertreten

Überraschende Neuigkeiten, die nur mit sehr gemischten Gefühlen aufzunehmen waren, drangen in der vergangenen Woche von Berlin aus ins Land. Katarina Barley wird neue Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend. Sie folgt damit auf Manuela Schwesig, die als Nachfolgerin des schwer erkrankten Erwin SELLERING das Amt der Ministerpräsidentin in Mecklenburg-Vorpommern übernehmen wird.



„Wir sind alle tief bestürzt, dass Erwin SELLERING so schwer erkrankt ist. Für die anstehende Zeit wünschen wir ihm und seiner Familie viel Kraft und hoffen von ganzem Herzen auf eine baldige Genesung.“, zeigt sich der rheinland-pfälzische SPD-Landesvorsitzende Roger Lewentz, MdL bestürzt. „Als Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern hat Erwin SELLERING hervorragende Arbeit geleistet. Mit Manuela Schwesig wird eine Sozialdemokratin Ministerpräsidentin, die die Menschen im Land versteht und auf Bundesebene wichtige sozialdemokratische Projekte wie das Elterngeld Plus

durchgesetzt hat. Eine sehr gute Wahl für Mecklenburg-Vorpommern“, ist sich Lewentz bezüglich der Nachfolgerin SELLERINGS sicher und ergänzt: „Dass die Wahl der Nachfolgerin von Manuela Schwesig als Bundesfamilienministerin nun auf Katarina Barley gefallen ist, ist genau die richtige Entscheidung. Ich wünsche ihr für die kommende Aufgabe alles Gute!“

Daniel Stich, Generalsekretär der rheinland-pfälzischen SPD, fügt hinzu: „Ich freue mich außerordentlich, dass mit Katarina Barley und Andrea Nahles nunmehr zwei starke Frauen aus der rheinland-pfälzischen SPD so wichtige Ressorts im Bundeskabinett verantworten werden.“ Unverständnis zeigt Stich hingegen für die Äußerungen der CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Julia Klöckner. Diese hatte bei Twitter der SPD taktische Spielchen unterstellt: „Die Personal-Rochade bei der SPD wurde ausgelöst durch die schwere Erkrankung von Erwin SELLERING, die uns alle erschüttert. Angesichts dessen sind Frau Klöckners Äußerungen schlicht pietätlos. Sie sollte sich entschuldigen und den Tweet löschen.“



Gerechtigkeit, Zukunft, Europa.

Schulz setzt auf „Kampa17“-Konferenz neue Schwerpunkte

Kämpferisch und mit einer klaren Idee für Deutschland: So schwor Martin Schulz im Berliner Willy-Brandt-Haus die Vorsitzenden der SPD-Unterbezirke und -Kreisverbände aus ganz Deutschland und mehrere Hundert Parteimitglieder auf den kommenden Bundestagswahlkampf ein. Seine Botschaft: Eine konsequente Friedenspolitik, ein starkes und einiges Europa, Investitionen in die Zukunft unserer Kinder – und mehr Gerechtigkeit.

Nachdem die SPD ihren Programmentwurf vorgelegt hat, machte Martin Schulz nun erneut klar, was für ihn und seine Partei im Zentrum steht: Das Leben der Menschen in unserem Land besser zu machen. Der Auftrag an die SPD in diesem Wahlkampf sei es, für mehr Gerechtigkeit zu sorgen – damit der Wohlstand auch bei allen ankommt. „Wir wollen kräftig in die Zukunft investieren“, kündigte Schulz an. Das seien wir den nächsten Generationen schuldig. Sie hätten es verdient, in einer Gesellschaft zu leben, in der die Menschen füreinander da sind, wo es gerecht zugeht und wo jeder die gleichen Chancen auf Bildung, sichere Jobs und eine gute Zukunft hat. Unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, der Hautfarbe, Religion oder der eigenen Adresse. Auf dem Land sowie in den Städten. Darum, so der Kanzlerkandidat, müsse der Investitionsstau in Deutschland überwunden werden, um international wettbewerbsfähig zu bleiben.

Mehr Gerechtigkeit will Schulz unter anderem auch auf dem Arbeitsmarkt durchsetzen – zum Beispiel bei der gleichen Bezahlung von Frauen und Männern, wenn sie die gleiche Arbeit machen. Dafür, so Schulz, werde eine SPD-geführte Regierung bereits „in den ersten 100 Tagen alle notwendigen Initiativen ergreifen“.

Europa will Martin Schulz stark machen – nur so könnten wir und unsere Kinder in Frieden leben. Die europäische Idee dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden, man müsse sich den Rechtspopulisten in den Weg stellen, die Europa schlecht reden wollen. „Europa ist ein Friedensprojekt und kein Aufrüstungsprojekt!“ formuliert er klar – auch in Richtung Donald Trump.

Das Thema innere Sicherheit formulierte Schulz auch als eine Gerechtigkeitsfrage. Denn: Nur „die Reichen können sich Sicherheit kaufen, die anderen sind darauf angewiesen, dass der Staat leistungsfähig ist. Er muss in der Lage sein, die Regeln durchzusetzen.“ Und noch mehr: „Zur inneren Sicherheit gehört eine Gesellschaft, die auf Zusammenhalt und gegenseitigem Respekt basiert.“

Für Martin Schulz geht es am 24. September um eine Richtungsentscheidung für Deutschland: Ob man, wie die CSU „Milliarden-Steuer geschenke“ verspreche oder auf der anderen Seite Familien und Arbeitnehmer entlaste und in Schulen, Straßen, Schienen, Breitband und Wohnungsbau investiere. Es gehe um den Mut, das Land gerechter zu machen und in die Zukunft zu investieren. Und es gehe darum, sich den Rechtspopulisten so wie denen, in den Weg zu stellen, die Hass aus vermeintlich religiösem Anlass sähen. Dafür will Schulz kämpfen. Und für Abrüstung, eine neue Friedenspolitik – und für Europa.



Die gesamte kämpferische Rede von Martin Schulz auf der „Kampa17-Konferenz“ mit vielen weiteren seiner konkreten Ideen und Vorschläge für die Zukunft Deutschlands ist unter folgendem Link auch als Video abrufbar: [Klick!](#)

„ARBEITSFREIEN SONNTAG SCHÜTZEN!“

Absage an Forderung nach mehr verkaufsoffenen Sonntagen

Mit einer klaren Absage an die von Teilen des deutschen Handels gestartete Kampagne für mehr verkaufsoffene Sonntage äußerte sich die rheinland-pfälzische Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler: „Ich habe den Eindruck, dass mit durchschaubaren Argumenten ein scheinbares Bedürfnis konstruiert wird. Für mich stellt sich die derzeit losgetretene Kampagne so dar, dass sie rein von wirtschaftlichen Interessen gelenkt ist.“



Bätzing-Lichtenthäler: „Ich halte an der bestehenden Regelung zu den Ausnahmen für verkaufsoffene Sonntage fest. Der Schutz des arbeitsfreien Sonntags ist ein gesamtgesellschaftlich errungenes Gut. Höchste deutsche Gerichte bestätigen den Schutz von Feiertagen und Sonntagen als Zeiten der Arbeitsruhe. Es ist erstaunlich, wie leichtfertig hier von Einigen darüber weggegangen wird.“

In Rheinland-Pfalz besteht die allgemeine Möglichkeit der Zulassung von bis zu höchstens vier verkaufsoffenen Sonntagen pro Gemeinde in einem Kalenderjahr als allgemeine Ausnahme von den Ladenschlusszeiten gemäß § 10 Ladenöffnungsgesetz Rheinland-Pfalz.

„Einige scheinen nur allzu bereit, hier die Axt anzulegen und vergessen dabei, dass es vornehmlich um den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geht. Die wirtschaftlichen Interessen von Wenigen müssen da enden, wo zwingende Arbeitsschutzvorschriften greifen. Dies ist bei dem Ansinnen, den Feiertags- und Sonntagschutz weiter auszuhöhlen, der Fall. Einer solchen Debatte erteile ich eine klare Absage“, betonte Bätzing-Lichtenthäler.

DREYER AUF EVANGELISCHEM KIRCHENTAG

„Raum für wichtige gesellschaftspolitische Diskussionen“

„Menschen aus aller Welt feiern in diesem Jahr auf vielfältige Art und Weise gemeinsam das 500-jährige Reformationsjubiläum. Der Evangelische Kirchentag bietet in diesem Kontext einen wunderbaren Rahmen, um für eine Feier des Glaubens zusammenzukommen und über aktuelle Themen zu diskutieren“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer anlässlich des 36. Evangelischen Kirchentages, der vom 24. bis 28. Mai in Berlin und Wittenberg stattfand.

Die über 2.500 Veranstaltungen seien getragen vom großartigen Engagement der vielen Mitwirkenden. Die Ministerpräsidentin betonte die besondere Relevanz des Kirchentages: „Für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung ist die Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat



auf den unterschiedlichsten Ebenen, etwa bei karitativen Fragen oder im Bereich der Kindergärten und Schulen, ein unverzichtbarer Bestandteil. Der Kirchentag ist zudem eine wunderbare Gelegenheit, sich über aktuelle gesellschaftspolitische Fragen auszutauschen“, so Dreyer. Sie freute sich daher auf die vielfältigen Begegnungen und Gespräche während des Evangelischen Kirchentages.

Die Ministerpräsidentin las am 27. Mai um 9.30 Uhr im Rahmen der Veranstaltung „Bibelarbeit“ aus dem Lukas-Evangelium. Im Anschluss besuchte sie verschiedene Stände und diskutierte von 15:00 bis 17:30 Uhr bei der Veranstaltung „Wir sind längst bunt. Wie verwandelt uns die Einwanderungsgesellschaft?“ zum Thema Integration.

DIALOG DER RELIGIONEN GEHT WEITER

Dreyer zum Fastenbrechen bei muslimischer Gemeinde zu Gast

Neben dem Evangelischen Kirchentag begann nicht nur für das evangelisch geprägten Christentum, sondern auch für eine andere Weltreligion in der vergangenen Woche eine ganz besondere Zeit: „Das Fastenbrechen im Ramadan gehört heute fest zum Jahreskalender in unserem Land“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer, die auf Einladung der Schura Rheinland-Pfalz e.V. zu Gast beim Fastenbrechen in Mainz war. Sie sei froh darüber, dass der interreligiöse Dialog in Rheinland-Pfalz aktiv von allen Religionsgemeinschaften gesucht und gestaltet werde.

„Ich weiß aus vielen Gesprächen, wie kostbar für Sie als gläubige und praktizierende Muslime diese Wochen des Ramadans sind. Es sind Wochen des Verzichts – eines Verzichts freilich, der keinen Verlust bedeutet, sondern gerade die Chance, neu darüber nachzudenken, was wirklich wichtig und notwendig ist. Es ist eine Zeit, die am Abend Familie und Freunde zusammenführt und dabei die Türen für die nichtmuslimischen Nachbarn weit öffnet“, so die Ministerpräsidentin.



Gastlichkeit sei in ihren Augen eine Haltung, die für das Gelingen einer pluralen Gesellschaft immer wichtiger werde. „Die beste Prävention gegen abwertende Vorurteile sind Begegnungen und Freundschaften zwischen Menschen“, sagte sie. Die Ministerpräsidentin bedankte sich bei der Schura Rheinland-Pfalz e.V. für die Einladung und würdigte dieses Zeichen der Gastfreundschaft: „Sie und die muslimischen Gemeinden im ganzen Land tragen damit zu einem guten Miteinander und zu einer guten gemeinsamen Zukunft bei.“

Der Ramadan (arabisch: „der heiße Monat“) ist der neunte Monat des islamischen Mondkalenders und der islamische Fastenmonat. Gefastet wird von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang für 29 oder 30 Tage – 2017 vom 27. Mai bis 24. Juni. An jedem Abend des Ramadan wird das Fasten feierlich gebrochen (IFTAR). Nach dem Ramadan gibt es ein großes Fest des Fastenbrechens, in diesem Jahr vom 25. bis zum 27. Juni.

„AMERICA FIRST!“ – UND WO BLEIBT EUROPA?



Quelle: YouTube

Seit seinem Amtsantritt am 20. Januar 2017 hält der Präsident der Vereinigten Staaten, Donald Trump, die Welt mit immer neuen Volten in der nationalen wie internationalen Politik fortwährend in Atem. Per Dekret schottete er bereits ganz zu Beginn – vorerst erfolglos – mit Einreiseverboten und der

Ankündigung, internationale Handelsabkommen neu verhandeln oder sogar vollständig kündigen zu wollen die USA nach Außen ab. Jetzt sorgte er jüngst auf seiner ersten großen Auslandsreise erneut für Erregung – unter anderem mit der Ankündigung, aus dem Weltklimaabkommen aussteigen und die Unterstützung der USA für die europäischen NATO-Partner begrenzen zu wollen. Aber: Was bedeutet das eigentlich für uns in Europa? Und: Bietet die Kanzlerin Trump wirklich die Stirn oder führt sie nicht genau das aus, was er fordert: höhere Rüstungsausgaben?

Um darüber zu diskutieren lädt Sabine Bätzing-Lichtenthäler herzlich zur Veranstaltung „America First!“ – Und wo bleibt Europa?“ am Freitag, den 23.06.2017 um 19:30 Uhr ein. Prominenter Gast und Diskussionspartner an diesem Abend wird der ehemalige Bundesverteidigungsminister und Rudolf Scharping sein. Scharping ist ein intimer Kenner der transatlantischen Beziehungen und der Außen- und Sicherheitspolitik und wird den Gästen Rede und Antwort stehen. Die Veranstaltung ist kostenlos. Der Ort wird noch bekanntgegeben.



Quelle: Rudolf Scharping Strategie Beratung Kommunikation AG